

BSK – ständige Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

17.06.2019

Bildung | Schule

Bundesschülerkonferenz erstellt Forderungskatalog an Bundespolitik

Auf der ersten Bundesschülerkonferenz des Jahres 2019 befassten sich die Delegierten der Länder mit inhaltlichen Positionen zu den Themen Abitur in Deutschland, Fridays for Future, Digitalisierung und Jugendpartizipation.

Dabei sollte vor allem Wert auf bedachte Handlungen der politischen Akteure gelegt werden. Zur Digitalisierung äußerte sich der neue Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz Usamah Hammoud (LSV Saarland): „Damit Digitalisierung gelingen kann, muss es Konzepte geben, welche den Erhalt, die Instandhaltung und die ordnungsgemäße Nutzung garantieren.

Auch im Bereich Abituraufgaben dürfen wir nicht in alten Verfahrensweisen hängen bleiben. Gerade nach den Schlagzeilen rund um das Mathe-Abitur in diesem Schuljahr fordern wir den ständigen Austausch mit dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen zur Schaffung einer Kommission, welche sich mit der Evaluierung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Abituraufgaben beschäftigt.“

Nach den Entwicklungen rund um „Fridays for Future“ und dem daraus folgenden politischen Engagement und gesellschaftlichen Einsatz, fordern die Mitgliedsländer der Bundesschülerkonferenz konkret auf die Bewegung „Fridays for Future“ bezogen, dass keine unverhältnismäßigen Strafen für die Teilnahme an Demonstrationen und die damit verbundene Abwesenheit vom Unterricht verhängt werden. Und auch die innerschulische Mitbestimmung im Rahmen von Schülervertretungsarbeit und darüber hinaus muss gestärkt werden, jeder Schülerin und jedem Schüler soll so die Möglichkeit der Mitbestimmung geboten werden.

Weiterhin haben die Schülervertreter der Bundesländer gemeinsam mit dem Bundessekretariat der Bundesschülerkonferenz der Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Anja Karliczek ein Zeugnis ihrer bisherigen Arbeitsleistung nach der Hälfte der Regierungslegislatur ausgestellt. Ursache dafür ist die wiederholte Nicht-Teilnahme nach Einladung ohne Abmeldung und fehlende Aktionsbereitschaft bei der Gesprächs- und Kooperationsanfrage.

Zur freien redaktionellen Verwendung

Im Anhang finden sie die ausführlichen Positionen zu den o.g. Themen, sowie das Zeugnis inklusive der Erläuterungen der Notenvergabe



Der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz
Ministerium für Bildung und Kultur, Referat A4, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken

Berlin, den 16. Juni 2019

Positionspapier der ständigen Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland

zur Jugendpartizipation

Zur Erziehung eines mündigen Bürgers sind verpflichtender Politikunterricht und die Möglichkeit auf Partizipation essentiell.

In den Lehrplänen müssen Freiräume geschaffen werden, um Platz für Diskussionen über aktuelle politische Sachverhalte einzuräumen.

Politikunterricht soll Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden und aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. Aus diesem Grund lehnt die ständige Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland sämtliche Beeinflussungsversuche von Dritten auf den Politikunterricht ab.

Dies schließt jedoch nicht die Einladung Externer zum Zwecke eines Austausches aus.

Außerdem fordert die Konferenz, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Politikunterrichts über ihre Partizipationsmöglichkeiten aufgeklärt werden müssen. Dies beinhaltet insbesondere eine verpflichtende Information über die Schülervertretungsstrukturen.

Die innerschulische Mitbestimmung im Rahmen von Schülervertretungsarbeit und darüber hinaus muss gestärkt werden, jeder Schülerin und jedem Schüler soll so die Möglichkeit der Mitbestimmung geboten werden.

Personelle, räumliche und finanzielle Unterstützung gilt es zu gewährleisten. Der Schülervertretung soll hierbei nicht nur eine beratende Rolle zukommen, sondern das Recht auf tatsächliche Mitbestimmung eingeräumt werden.

Zu einer ganzheitlichen Demokratiebildung gehört es, Unterricht demokratisch zu gestalten. So sollte unter anderem die Feedbackkultur sowohl von Lehrkräften an Schülerinnen und Schüler als auch andersherum gefördert werden.



Die ständige Konferenz der
Landesschülervertretungen
der Länder der
Bundesrepublik Deutschland

Medieninformation

Der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz
Ministerium für Bildung und Kultur, Referat A4, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken

Medieninformation

Berlin, den 16. Juni 2019

Positionspapier der ständigen Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland

zur Digitalisierung

Die ständige Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland begrüßt den Einzug digitaler Medien in den Unterricht, warnt jedoch vor unbeständigen einmaligen Investitionen. Damit Digitalisierung gelingen kann, muss es Konzepte geben, welche den Erhalt, die Instandhaltung und die ordnungsgemäße Nutzung garantieren. Auch muss dafür Sorge getragen werden, dass eine funktionelle Hardware wie auch Software vorhanden sind. Die Konferenz fordert die KMK (und weitere Entscheidungstragende) auf, sich verstärkt mit dem Thema Digitalisierung auseinanderzusetzen. Bei diesen Auseinandersetzungen ist auch die Meinung der Schülerinnen und Schüler als auch die der Expertinnen und Experten zu hören. Ein weiterer Wunsch betrifft den Ausbau der bundesweiten Schulcloud, um ressourcenschonend und effektiv die Digitalisierung für alle Schülerinnen und Schüler voranzutreiben.



Der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz
Ministerium für Bildung und Kultur, Referat A4, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken

Berlin, den 16. Juni 2019

Positionspapier der ständigen Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland

zu „Fridays for Future“

Seit einem halben Jahr ist das steigende Engagement und der gesellschaftliche Einsatz sowie politische Aktivismus der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland als ein fester Bestandteil des politischen Diskurses nicht mehr wegzudenken. Auch die Ergebnisse der vergangenen Europawahl und die Wahlstatistiken der Jüngeren und Erstwähler*innen bestätigen diesen Eindruck.

Deswegen fordert die ständige Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland, dass die Forderungen der Jugendlichen von den entscheidungstragenden Politikern nicht nur unterstützt, sondern auch umgesetzt werden. Wir als Landesschüler*innenvertretungen begrüßen vor allem das steigende Engagement der Jugendlichen und die daraus folgende Politisierung. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Interessen gehört werden und die Politik darauf eingeht.

Konkret bezogen auf die Bewegung „Fridays For Future“ fordern wir, dass keine unverhältnismäßigen Strafen für die Teilnahme an Demonstrationen und die damit verbundene Abwesenheit vom Unterricht verhängt werden.

Inhaltlich fordern die Landesschüler*innenvertretungen, dass Schulen nachhaltiger gestaltet und in ihrer Rolle als öffentliche Institutionen Vorreiter in Bezug auf Klimaneutralität werden.

Des Weiteren positionieren wir uns für eine stärkere Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehrplänen.



Berlin, den 16. Juni 2019

Positionspapier der ständigen Konferenz der Landesschüler*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland

zum Abitur in Deutschland

Das diesjährige Mathematikabitur hat bundesweit für viel Aufsehen gesorgt. Der Gedanke, eine Form der Vergleichbarkeit durch zentralisierte Abiturprüfungen im Sinne der Bildungsgerechtigkeit zu erwirken, ist mit Sicherheit erstrebenswert, jedoch sehen wir an der aktuell geführten Debatte, dass zur Erreichung dieses wichtigen Ziels noch einige Weichen gestellt werden müssen, um den Schülerinnen und Schülern eben jene nötige Vergleichbarkeit bieten zu können.

Das angestrebte Ziel der Vergleichbarkeit kann durch die aktuellen Rahmenbedingungen nur ansatzweise verwirklicht werden. Nicht berücksichtigt wird die Tatsache, dass in den Bundesländern unterschiedliche Rahmenbedingungen herrschen.

Dazu gehören unterschiedliche Rahmenlehrpläne, unterschiedliche Regelungen bei der Nutzung von Hilfsmitteln, unterschiedliche Schwerpunktsetzung (dies betrifft sowohl fakultative Inhalte als auch Stundenanzahl pro Thema) sowie unterschiedliche Aufgabentypen.

Die Mitgliedsländer der ständigen Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland setzen sich daher dafür ein, dass der Aufbau eines Kommunikationsweges zwischen ihnen und dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen mit der Maßgabe vorangetrieben wird, eine Kommission zu schaffen, welche sich mit der Evaluierung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Abituraufgaben beschäftigt.

Weiterhin fordern die Mitgliedsländer bundesweite Standards, die durch das IQB verbindlich festgesetzt werden sollen und den Bundesländern die Aufgabe zur Schaffung ländereigener Abiturprüfungen auf Grundlage der gesetzten Vorgaben gänzlich zu überlassen. Dadurch wird ein bundesweiter, verbindlicher Standard geschaffen, welcher auf der einen Seite die besonderen Rahmenbedingungen der



Die ständige Konferenz der
Landesschülervertretungen
der Länder der
Bundesrepublik Deutschland

Länder berücksichtigt aber zugleich eine Vergleichbarkeit zwischen den
Länderabituren schafft und zu einer indirekten Angleichung der Rahmenlehrpläne
führt. In diesem Zusammenhang werden auch einheitliche Bewertungsmaßstäbe mit
der Maßgabe echte Gleichwertigkeit zu erzielen gefordert.